

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Verantwortungsbewusster Umgang mit Kampfmitteln in Nord- und Ostsee – Technologien der maritimen Wirtschaft nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach aktuellen Schätzungen befinden sich in deutschen Gewässern der Nord- und Ostsee mindestens noch bis zu 1,63 Millionen Tonnen Munition, davon konventionelle und mindestens 300.000 Tonnen chemische Kampfstoffe. In der Ostsee belaufen sich die Schätzungen auf mindestens 300.000 Tonnen im Ostseebereich konventionelle und mindestens 50.000 Tonnen chemische Kampfstoffe. In der Nordsee wurden darüber hinaus 170.000 Tonnen chemische Munition (Skagerrak, europäisches Nordmeer, deutsche Bucht) versenkt, davon rund 90 Tonnen in deutschen Meeresgewässern vor Helgoland. In der Ostsee wurden ca. 50.000 Tonnen chemische Kampfstoffmunition versenkt (Bornholm-Becken, Gotland-Becken, Kleiner Belt), davon 5.000 in deutschen Gewässern. Diese gefährlichen Kriegshinterlassenschaften stellen auch aufgrund voranschreitender Korrosion eine zunehmende und erhebliche Gefahr für das marine Ökosystem und damit für den Menschen dar. Darüber hinaus geht von ihnen ein Risiko für die maritime Wirtschaft aus, sei es für die Schifffahrt, das Fischereiwesen oder für die Offshore-Infrastruktur, aber auch für den Tourismus an den Küsten.

Die Kenntnis über das Vorhandensein und über die von den Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee ausgehenden erheblichen ökologischen aber auch ökonomischen Schäden und Gefahren ist nicht neu. In historischen Archiven verschiedener Länder ist zum Teil sehr gut dokumentiert, wo seit dem Ende des 19. Jahrhunderts jeweils welche Kampfmitteltypen versenkt wurden. Militärhistorische Archive und Marinearchive stellen eine wichtige Quelle dar. Aber natürlich ist im Laufe der Geschichte nicht alles vollständig und richtig dokumentiert worden, zumal es sich bei den Munitionsaltlasten nicht nur um gezielt verklappte Kampfmittel handelt, sondern auch um eine Vielzahl an abgeworfenen Blindgängern, um Seeminen sowie um Munitionsreste in Schiffswracks, deren genaue Ladungen teilweise auch der Geheimhaltung unterliegen. Über das Baltic Ordnance Safety Board tauschen sich die NATO-Partner gemeinsam mit Schweden und Finnland über aktuelle Funde und Entwicklungen regelmäßig aus. Weitere gezielte Maßnahmen zur Detektion und Dokumentation der Kampfmittel sind aber dennoch zwingend erforderlich, insbesondere hinsichtlich der Zusammenführung nationaler Datenbestände.

In den zurückliegenden Jahrzehnten haben die nationalen Akteure der Nord- und Ostseeanrainer viel Erfahrung im Umgang mit den Munitionsaltlasten sammeln können und dadurch eine hohe Expertise entwickelt. Das betrifft zum einen eine Vielzahl an Forschern, Instituten, national und international geförderten Projekten, aber auch etliche Privatunternehmen, die spezialisierte Lösungen anbieten. Auch die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure untereinander ist stärker vorhanden. Besonders hervorzuheben ist die herausragende Expertise auf Seiten der deutschen Wissenschaft aber auch Forschung und Entwicklung der deutschen maritimen Industrie, die im Bereich „Munitionsaltlasten im Meer“ im weltweiten Vergleich führend sind. Dazu zählen auch verschiedene deutsche und multinationale Forschungsprogramme unter deutscher Beteiligung, die sich mit der Bedrohungslage auseinandersetzen und eine Risikobewertung vornehmen, schädliche Auswirkungen auf Mensch und Umwelt im Handeln und Wirtschaften nachweisen und Handlungsempfehlungen aussprechen.

Im Februar 2019 wurden die Ergebnisse des von der Europäischen Union geförderten Interreg Baltic Sea Region Forschungsprojekts DAIMON (Decision Aid for Marine Munitions) vorgestellt. Beteiligt waren Forscher aus Polen, Deutschland, Schweden, Finnland und Norwegen. Mittlerweile läuft das Folgeprojekt DAIMON 2 (2019 bis 2021). Ein weiteres prominentes multinationales Forschungsprojekt ist jenes der HELCOM-Expertengruppe SUBMERGED (Expert Group on Environmental Risks of Hazardous Submerged Objects), dessen Abschlussbericht erwartet wird.

Ebenfalls unter deutscher Beteiligung aus Wissenschaft und Wirtschaft nimmt das von der Europäischen Kommission aus Mitteln des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) geförderte Projekt BASTA verstärkt die Möglichkeiten zur Detektion von Kampfmitteln und daraus freigesetzten Chemikalien in den Fokus.

Die ersten nationalen Erkenntnisse wurden bereits 1993 unter deutscher Federführung in die einschlägige Arbeit von HELCOM eingepflegt. Im Jahr 1995 präsentierte eine zu diesem Thema eingesetzte ad-hoc-Arbeitsgruppe den sog. CHEMU Bericht. Bis 2013 wurde der HELCOM CHEMU Bericht aktualisiert und schließlich durch HELCOM MUNI ersetzt. Im selben Jahr wurde auch die HELCOM-Expertengruppe SUBMERGED unter der Arbeitsgruppe RESPONSE eingesetzt, die seitdem die Arbeiten fortführt. Begleitend wurden Forschungen von oder mit Beteiligung von HELCOM durchgeführt (u. a. CHEMSEA) und Richtlinien zu Risiken und dem Umgang damit für Fischer herausgegeben.

Maßgeblich zur heutigen Erkenntnislage beigetragen hat auch das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsprojekt UDEMM, das im August 2019 erfolgreich abgeschlossen wurde. Besonders hervorzuheben ist auch das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Projekt RoBEMM zur Entwicklung und Erprobung eines robotischen Unterwasser-Bergungs- und Entsorgungsverfahrens inklusive Technik zur Delaboration von Munition im Meer im Küsten- und Flachwasserbereich.

Zum 1. Juli 2020 hat Deutschland für zwei Jahre den Vorsitz von HELCOM übernommen – jeweils für ein Jahr haben die Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern den Co-Vorsitz inne. Das Thema „Munitionsaltlasten“ wurde von der Bundesregierung zu einem Schwerpunkt gemacht. Hauptziele sind dabei die Verbesserung der Daten- und Bewertungsgrundlage inklusive Bestandsaufnahme, Monitoring und Modellierung, die Abschätzung toxischer Wirkungen kampfmitteletypischer Verbindungen auf die Meeresumwelt der Ostsee sowie Anreicherung über die Nahrungskette und mögliche Auswirkungen auf den Menschen. Die Nutzung von Bioindikatoren wird ebenfalls untersucht.

Auf dieser Basis, begleitet von sozioökonomischen Analysen, sollen weitere Handlungsoptionen erarbeitet werden. Diese umfassen, nach einer gemeinsamen Beobachtung, Priorisierung und Risikoabschätzung und folgender Identifizierung von Hotspots, auch die zunächst pilothafte Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten.

Begleitend sind die Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeit und ein interdisziplinärer wie regionaler Austausch zu Verfahren und Ansätzen der HELCOM Vertragsparteien zu Best Practice des Monitorings vorgesehen. Weiterhin sollen eine weitere Risikoabschätzung und Empfehlungen für weitere Maßnahmen abgegeben werden. Grundlage für die Bearbeitung des Schwerpunktthemas Munitionsaltlasten ist für Deutschland dabei der Bericht „Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer – Bestandaufnahme und Empfehlungen (erste Veröffentlichung im Jahr 2011)“ des Expertenkreises der Bund-Länderarbeitsgruppe Nord- und Ostsee (BLANO-EK) „Munition im Meer“ und dessen jährliche Aktualisierung.

Die Forschungsergebnisse wie die von DAIMON in Verbindung mit der von der deutschen Delegation angestoßenen Antragsinitiative zur Resolution der 28. Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) lösten eine neue und begrüßenswerte Dynamik aus, das Problem der Munitionsaltlasten verstärkt anzugehen. Allein in Deutschland wurde im Zeitraum von Anfang 2019 bis zur Jahreshälfte 2020 rund fünfzigmal in regionalen und überregionalen Print- und Onlinemedien über das Thema berichtet. Einen zwischenzeitlichen Höhepunkt erreichte das öffentliche Interesse im Spätsommer 2019, nachdem die im Vorfeld eines NATO-Manövers 39 auf dem Grund des Naturschutzgebietes Fehmarnbelts liegenden britischen Seeminen vom Typ MK 1-7 gesprengt wurden. Nach den Sprengungen wurden 24 tot aufgefundene Schweinswale obduziert und die Frage der Umweltverträglichkeit und insbesondere der Auswirkungen auf die Schweinswale wie auch der Zuständigkeiten offen diskutiert.

Es bleibt festzuhalten, dass an dem Themenfeld seit mehreren Jahrzehnten international geforscht wird und eine Vielzahl wichtiger Erkenntnisse gewonnen werden konnten, insbesondere auch hinsichtlich der schädlichen Auswirkungen der giftigen Kampfmittel auf das marine Ökosystem. Auch die Technologien zur Detektion und zur Bergung haben sich in den letzten Jahren sehr verbessert, insbesondere durch digitale Prozesse. Deutschland ist in diesem Bereich im internationalen Vergleich führend. Diese bemerkenswerten Fortschritte sind überwiegend nur in Fachkreisen bekannt. Punktueller Vorfälle oder Unfälle, bei denen Badegäste am Ostseestrand weißen Phosphor mit Bernstein verwechseln und sich schwere Verletzungen zuziehen, werfen ein Schlaglicht auf die Gefahren durch die Munitionsaltlasten. Bei den erwähnten öffentlichkeitswirksamen Ereignissen wird deutlich, dass in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die bestehenden Risiken vorhanden ist und eine Lösung grundsätzlich gewünscht wird.

Es ist davon auszugehen, dass das Gefahrenbewusstsein der Bevölkerung steigen wird, wenn vermehrt Giftstoffe in Fisch- und Muschelbeständen nachgewiesen werden, die erhebliche Auswirkungen auf unsere Fischerei haben können. Schutzgebiete oder Schifffahrtsrouten sind bedroht, der für das Erreichen der Klimaziele so wichtige Ausbau von Offshore-Windkraftanlagen oder Pipelines wird stark beeinträchtigt.

Ein Konzept zur Beräumung von Nord- und Ostsee muss alsbald folgen. Eine Klärung der finanziellen und organisatorischen Zuständigkeiten darf nicht an einer Debatte über die historische Verantwortung für den Eintrag der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee scheitern. Eine Klärung dieser Frage zwischen den betroffenen Anrainern und sonstigen Akteuren an und in Nord- und Ostsee ist jedoch kompliziert und sie wird noch lange andauern. Es ist nicht mit einem schnellen Ergebnis zu rechnen. Die Vermeidung von Risiken für den Mensch muss dabei weiterhin oberste Priorität haben. Denn nach einem Munitionsfund muss im Gefahrenfall oft schnell, umweltgerecht und in jeglicher Hinsicht nachhaltig agiert werden können.

Doch nicht nur das Handeln im Rahmen der Gefahrenabwehr bedarf einer soliden Basis. Auch bekannte Fundstätten insbesondere in größeren Versenkungsgebieten bedürfen einer geordneten Herangehensweise, um langfristig möglichen Umweltschäden vorzubeugen. Nach einer Priorisierung der Umweltauswirkungen solcher Hotspots muss nicht nur national, sondern auch regional abgestimmt agiert werden, ohne hierbei

nationalstaatliche Interessen in den Vordergrund zu stellen. Hier könnte eine freiwillige Geberkonferenz der Anrainerstaaten den Knoten zum Platzen bringen und erste gemeinsame Schritte zur Bergung von Munitionsaltlasten möglich machen.

Bis es soweit ist, sollte Deutschland nationale Schritte einleiten und seinen internationalen Partnern zeigen, dass das Bergen und Unschädlichmachen der Kampfmittel im Meer ökologisch verträglich und zu überschaubaren Kosten möglich ist. Zum einen können die neuen technischen Möglichkeiten einen Beitrag zum Schutz der Meeresumwelt leisten. Bei den bisherigen Unterwassersprengungen verbreiten sich die Giftstoffe, die zuvor in der korrodierenden Munition eingeschlossen waren, schlagartig im Meeresraum, Meereslebewesen werden durch die Detonation verletzt oder sogar getötet. Mit den neuen technischen Möglichkeiten können Munitionsaltlasten sicher vom Meeresboden entnommen und mithilfe einer Plattform oberhalb der Wasseroberfläche delabouriert werden. Zum anderen können und werden die aktuellen technischen Möglichkeiten zu einer erheblichen Reduzierung der Kosten für Bergung und Delabourierung von Munitionsaltlasten führen. Daher muss die Privatwirtschaft aus dem Bereich Meerestechnik über regelmäßige Ausschreibungen der vorgeschlagenen, notwendigen Maßnahmen am Prozess wirtschaftlich beteiligt werden. Das unterstützt eine stetige technologische Weiterentwicklung und eine entsprechende Wertschöpfung in Deutschland.

Der Nord- und Ostseeraum kann damit Pilotregion für eine nachhaltige, wissenschaftliche, technologische und marktwirtschaftlich-wertschöpfende Lösung der Altlastenproblematik der Munition und sonstiger verklappter oder verlorener Gefahrgüter in weltweiten Gewässern werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

1. den Beschluss der 96. Umweltministerkonferenz vom 23. April 2021, die Bestandsaufnahme der Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer fortzuschreiben und zu aktualisieren;
2. die Tätigkeit der Bund-Länderarbeitsgruppe Nord- und Ostsee (BLANO) und deren Expertenkreises (EK) „Munition im Meer“;
3. die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts UDEMM und des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderten Projekts RoBEMM;
4. die Beteiligung Deutschlands am internationalen Forschungsprojekt DAIMON;
5. die Vernetzung von unterschiedlichen Akteuren aus dem öffentlichen Sektor sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie über Plattformen wie z. B. das Munitect-Netzwerk (Ökonomische Sensorsysteme zur Munitionsdetektion unter Wasser) oder BASTA (Boost Applied munition detection through Smart data integration and AI workflows);
6. dass eine Arbeitsgruppe, die nach ressortübergreifender Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter Beteiligung aller betroffenen Bundes- und Landesbehörden am 11. März 2020 eingesetzt wurde, einen Leitfaden mit dem Arbeitstitel „Naturschutzrechtliche und -fachliche Anforderungen an die Beraumung/Beseitigung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee“ unter Federführung des Bundesamtes für Naturschutz zügig vollenden wird;

7. die Übernahme des HELCOM-Vorsitzes zum 1. Juli 2020 für die Dauer von zwei Jahren durch die Bundesregierung mit dem jeweils für ein Jahr andauernden Co-Vorsitz durch die Regierungen der Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – und deren thematische Schwerpunktsetzung auf das Thema Munitionsaltlasten;
8. die Initiativen der Delegation des Bundestages bei der BSPC (Baltic Sea Parliamentary Conference; deutsch: Ostseeparlamentarierkonferenz) in den Jahren 2019 und 2020 und den BSPC-Zwischenbericht zu Munitionsaltlasten im Meer von August 2020;
9. dass der Bundesminister des Auswärtigen das Thema Munitionsaltlasten in der Sitzung der Außenminister des Ostseerats im Mai 2020 angesprochen und die Bedeutung einer engen Kooperation aller Anrainer unterstrichen hat;
10. die Beteiligung Deutschlands an dem JPI Ocean Knowledge Hub „Munitions in the Sea“.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen der jeweiligen Finanzierungskompetenz und vorhandener Haushaltsmittel
Auf nationaler Ebene:

1. innerhalb der gesamten Bundesrepublik Deutschland auf die Schaffung eines nachhaltigen Problembewusstseins hinzuwirken, um auf den dringenden Lösungsbedarf aufmerksam zu machen. Wichtig ist dabei ein realistischer, auf wissenschaftlicher Datenlage und Analyse basierender Ansatz;
2. eine Verständigung zwischen Bund und Ländern herbeizuführen, dass zunächst ein differenziertes Lagebild erhoben wird;
3. den Bitten der Umweltministerkonferenz vom 14. November 2019 (TOP 27) zu entsprechen und zu prüfen, inwieweit nationale Zuständigkeiten und finanzielle Ressourcen gebündelt werden können, um Synergieeffekte zu nutzen;
4. darauf hinzuwirken, dass die Arbeitsgruppe, die nach ressortübergreifender Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter Beteiligung aller betroffenen Bundes- und Landesbehörden eingesetzt wurde, die Erarbeitung des Leitfadens „Naturschutzrechtliche und -fachliche Anforderungen an die Bäumung/Beseitigung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee“ unter Federführung des Bundesamtes für Naturschutz zügig vollendet;
5. die Entwicklung und Umsetzung technischer Lösungen, wie weitgehend automatisierte, kosteneffiziente flächige Unterwasserräumung und den Bau einer schwimmenden Einheit zu fördern, mit denen konventionelle Kampfmittel ohne Gefahr für Mensch und Ökosystem geborgen und noch auf See unschädlich gemacht werden können. Dafür sind lösungsoffen geeignete Modelle für ihren Betrieb zu prüfen und das unter Beachtung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ausgewählte Modell letztlich zu realisieren;
6. zusätzlich zur Förderung der schwimmenden Einheiten auch die Kapazitäten der bestehenden Entsorgungsanlagen (an Land) auszubauen und für den eventuellen Transport von Munitionsaltlasten, die an Land entsorgt werden, gegebenenfalls eine Anpassung der Gefahrgutverordnung See (GGVSee) vorzunehmen;
7. anhand aktueller Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen ein Ausschreibungsverfahren für die Detektion und das Bergen von Munitionsaltlasten in nationalen Gewässern zu entwickeln;

8. festzulegen, dass wegen der mit Unterwassersprengungen von Kampfmitteln einhergehenden Impulsbelastung und später deutlich erhöhten Verbreitung von Giftstoffen durch freiliegende Sprengstoffe Unterwassersprengungen von Kampfmitteln möglichst vermieden und nur das Mittel der letzten Wahl sein dürfen bzw. wenn anders eine Gefährdung für den Mensch nicht ausgeschlossen werden kann;
9. in Anbetracht der großen Menge an Munitionslasten eine Priorisierung der Bergung zu prüfen und entsprechend mit der Bergung der gefährlichsten/am stärksten erodierten Munitionsaltlasten zu beginnen;
10. dem Deutschen Bundestag in regelmäßigen Abständen über die Entwicklungen hinsichtlich der Gefahrenlage und der Fortschritte bei technologischer und ökologischer Entwicklung, Detektion und Bergung sowie nationaler und internationaler Kooperationen zu berichten;
11. den Bereich Forschung sowie die nationale und internationale Vernetzung inklusive der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie im Bereich der Munitionsaltlasten im Meer zu unterstützen;
12. der deutschen maritimen Industrie durch geeignete Ausschreibungsverfahren und Förderstrukturen neue Geschäftsfelder sowie durch Forschung und Entwicklung den Erhalt der Technologieführerschaft zu ermöglichen und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neu zu schaffen;

Auf internationaler Ebene:

13. sich dafür einzusetzen, dass in allen Anrainerstaaten von Nord- und Ostsee ein nachhaltiges Bewusstsein für den sicheren Umgang mit Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee geschaffen wird;
14. sich in den internationalen Gremien für Alternativen zur Unterwassersprengung von Kampfmitteln einzusetzen;
15. in Kooperation mit den Bündnispartnern und der NATO Science & Technology Organisation gemeinsame Verfahren so weiterzuentwickeln, dass es vertretbar wird, detektierte Großkampfmittel im Meer nicht mehr spontan zu sprengen;
16. sich dafür einzusetzen, dass alle aktuellen Forschungen, Erkenntnisse und Ergebnisse zum Thema Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee multinational zusammengeführt und Datenbestände standardisiert werden;
17. sich dafür einzusetzen, dass ein flächendeckendes und vernetztes Monitoring der betroffenen Seegebiete und Objekte in Nord- und Ostsee aufgebaut und betreut wird. Ziel muss die Fähigkeit zu einer fundierten und von allen Beteiligten anerkannten Risikobewertung sein. Zu einer umfangreichen Palette der einzusetzenden Technologien sind Bioindikatoren und toxikologische Grenzwerte hinzuzuziehen;
18. sich dafür einzusetzen, dass eine gemeinsame, multinationale Expertengruppe (Wissenschaft und Technologie/Prozesse) aufgebaut wird, die aus einer ständigen Evaluation regelmäßige Empfehlungen zum gezielten Umgang mit Munitionsaltlasten gibt. Aus einer regelmäßigen Empfehlung der Expertengruppe heraus können die gefährlichsten Objekte und die gefährdetsten Gebiete in Nord- und Ostsee priorisiert benannt und mit vorgeschlagenen Maßnahmen Schritt für Schritt umwelt- und naturverträglich unschädlich gemacht werden;
19. sich zum Anlauf der Maßnahmen, auch unter Einbezug der EU, für die Schaffung eines ständigen Fonds der Anrainerstaaten auf freiwilliger Basis einzusetzen, aus dem die Expertengruppe, das Monitoring und die Ausschreibung für das Detektieren und das naturverträgliche Bergen von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee finanziert werden. Beispielgebend sind internationale Geberfonds, wie es sie in der Entwicklungspolitik unter dem Dach der Vereinten Nationen mit guten Erfahrungen gibt. Im Falle der Munitionsaltlasten könnten Institutionen der EU ei-

nen stabilen Rahmen zur Verfügung stellen oder vorzugsweise auch die Strukturen von HELCOM. Die von den Experten vorgeschlagenen Maßnahmen sollen international ausgeschrieben und flexibel aus diesem Geberfonds finanziert werden können;

20. durch Technologie- und Wissenschaftsförderung die Fähigkeiten der deutschen maritimen Unternehmen zu unterstützen und in einem internationalen Beitrag als Teil der deutschen Exportwirtschaft – auch über Wissenstransfer – diese Leistungen global zu platzieren.

Berlin, den 4. Mai 2021

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion

Begründung

Die Gefahren durch die Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee können durch geeignete Maßnahmen deutlich reduziert werden. Es ist zwar grundsätzlich wünschenswert, dass so schnell wie möglich so viele Kampfmittel wie möglich aus dem Meer geborgen und unschädlich gemacht werden, doch angesichts der großen Menge an Gefahrstoffen und der zu erwartenden Kosten ist ein Vorgehen, das auf einer sinnvollen und auf wissenschaftlichen Methoden basierenden Priorisierung beruht, unumgänglich. Durch wissenschaftliche Risikoanalysen können die Objekte mit dem größten Gefahrenpotential ausgemacht und durch deren Entsorgung die Gefahren für Mensch und Umwelt bereits signifikant reduziert werden. Die Bergung von Munitionsaltlasten ist sicherheitsrelevant, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass Extremisten dieser habhaft werden.

Die historischen Verantwortlichkeiten sind vielfältig und nicht allein auf deutscher Seite zu suchen. Seit dem Jahr 1870 wurden von unterschiedlichen Staaten und Kriegsteilnehmern Kampfmittel in der Nord- und Ostsee verklappt, Seegebiete und Schifffahrtsrouten gezielt vermint sowie viele Blindgänger abgeworfen. Hinzu kommen die in versenkten Wracks verbliebenen Munitionsbestände. Viele Objekte wurden in jüngerer Zeit detektiert und katalogisiert, andere wiederum sind in historischen Archiven gut dokumentiert. Schwierig wird es vor allem dort, wo aufgrund mangelnder Transparenz bei der internationalen Zusammenarbeit mögliche Versenkungsgebiete geheim gehalten werden.

Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage muss es Ziel sein auf Basis des Vorsorgeprinzips, ohne langwierige Klärung historischer Verantwortlichkeiten zwischen den Anrainern erste Schritte zur sicheren Bergung und Unschädlichmachung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee zu unternehmen. Deutschland sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Neben den positiven Effekten durch die Entlastung der Umwelt und der Vermeidung möglicher Gesundheitsgefahren werden dadurch auch die maritime Wirtschaft, sowie Entsorgungsspezialisten adressiert und eingebunden. Das führt zu stetig steigender Effizienz, und sinkenden Preisen aber auch zur Schaffung von mehr Kapazitäten und Arbeitsplätzen in diesem Bereich.

